

Forum und Dialog

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **167 (2001)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialjahr – mehr als eine Motion Zäch

Die Motion von Kollege Zäch anlässlich der Herbstsession 2001 für die Einführung eines eigentlichen Sozialjahres hat mich persönlich sehr gefreut. Weniger erfreut hat mich die enechetische Denkweise des Bundesrates bezüglich der allgemeinen Wehrpflicht und die Freud-, Lust- und Mutlosigkeit, wie mit dieser Motion, welche mittlerweile in ein Postulat umgewandelt wurde, umgegangen wird.

Wenn wir kurz die gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation für unser Land skizzieren wollen, so bedarf es unter anderem der Schlagworte *Fun* und *Egoismus*, *Kleinmütigkeit* und *Isolationismus*. Die Dienstleistung als persönliche Leistung für die Gemeinschaft stört dabei die hedonistische Glückseligkeit des Einzelnen gar arg und stellt in den Augen mancher einen Angriff auf die personalisierte Individualität dar. Dabei wird immer wieder vergessen, dass eine Institution Staat gleichsam einer Uhr funktioniert, die nur dann ihre Dienste erweisen kann, wenn ein jeder an seiner Stelle Anteil am Ganzen hat! Gerade an dieser Mitarbeit am Ganzen hapert es. Diese Situation wird als Konsumgesellschaft bezeichnet.

Auch die militärische Dienstleistung ist heutzutage (noch) ein gesetzlich verankerter integraler Bestandteil des männlichen Bürgers an der Gemeinschaftsleistung. Fakt aber ist unbestritten, dass immer weniger Jugendliche Militärdienst leisten. Fakt ist auch, dass längst nicht alle, die alsuntauglich erklärt wurden, leistungsbeeinträchtigende gesundheitliche Probleme mit sich bringen, welche es verunmöglichen, eine Leistung für die Gemeinschaft zu erbringen, wie uns das der Artikel in der ASMZ Nr. 10, 2001, S.42 weismachen will. Ich darf dazu die Auswertung eines von mir letztjährig durchgeführten Seminars mit 150 Medizinstudentinnen und -studenten der Uni Zürich zitieren: 55 Prozent der männlichen Teilnehmer sind demnach dienstuntauglich. Von diesen alsuntauglich Erklärten möchten aber dennoch 80

Prozent eines der operativen Fachgebiete erlernen, in welchen es notabene neben einem guten psychosozialen, handwerklichen und intellektuellen Background auch Standfestigkeit (im wahren Sinn des Wortes) braucht!

Der wahre Untauglichkeitsgrund ist doch vielmehr die Unlust im Hinblick auf Job, Karriere und Familie, gemeinnützige Arbeit zu leisten. Der Militärdienst wird dann als Begründung vorgeschoben. Mitnichten ist es aber das hierarchische, strukturierte Erlebnis einer Rekrutenschule, das Junge abschreckt, sondern der gelebte Egoismus des Zivillebens, bei dem das eigene Ich zum Nabel der Welt wächst. In dieser Situation ist deshalb Flexibilität von Seiten des Gesetzgebers gefragt. Denn wenn auf die aktuelle Gesellschaftspolitik mit einem Verharren in alten Strukturen, wie beispielsweise mit der Aufrechterhaltung der allgemeinen *Wehrpflicht*, begegnet wird, so entzieht er sich der Diskussion nach einer Einbindung des Einzelnen zum Dienste an der Gemeinschaft. Denn die Flucht vor Verantwortung des Einzelnen hin zu bedingungslosem Hedonismus braucht eine wirksame Antwort. Im Bann von Lust und Unlust möchte nämlich derjenige, welcher sich seiner Verantwortung nicht entzieht und Dienst leistet, weder von Politikern noch von der Gesellschaft allein gelassen werden und sich als ausgenutzt und benachteiligt vorkommen. Es ist nicht so sehr das einschneidende Erlebnis Militärdienst, das den Soldaten stört, sondern die Benachteiligung, die ihm gegenüber durch die nicht Dienst leistenden Kameraden in seinem Beruf widerfährt! Da scheint die Motion Zäch am richtigen Hebel anzusetzen: die Verpflichtung aller Jugendlichen, egal ob Mann oder Frau, Schweizer oder Ausländer, zu einem Jahr im Dienste der Gemeinschaft. Der Staat wird nur dann wieder von vielen Schultern getragen, wenn man auch mehr Leute, in diesem Fall junge, einbindet. Und neben Militärdienst gibt es durchaus noch sehr viel andere Dienstleistungen, die ein Jugendlicher der Allgemeinheit zugute kommen lassen kann.

Flüchten wir uns doch nicht in

wie im oben erwähnten ASMZ-Artikel zu lesende Aussprüche wie «... sie dürfen jedenfalls nicht als Billigarbeitskräfte für die Landwirtschaft und den Pflegebereich missbraucht werden ...» oder «... es muss abgeklärt werden, in welchem Umfang der Einsatz von jungen Schweizern mit gesundheitlichen Problemen in sozialen Dienstleistungen möglich und sinnvoll ist ...», denn sonst kommt schnell die Frage auf, ob sich der Milizsoldat als Billigsoldat zu bezeichnen hat.

Stellen wir uns den gesellschaftlichen Problemen, diskutieren wir einen neuen Lösungsansatz für die Nachwuchsfrage in der Armee im Speziellen und der Einbindung in Sozialdienstleistungen von angeblich Untauglichen, Frauen und Ausländern im Allgemeinen.

Adrian P. Businger, Oblt
Az Pz Stabskp 14, 8610 Uster

Keine A XXI ohne Train

Die allein auf «Hightech» fokussierten VBS-Planer und – bedauerlicherweise – auch die ASMZ-Pro/Contra-Redaktion sprechen dem Train jegliche Daseinsberechtigung innerhalb der A XXI leichtfertig ab.

Unser Land besteht nun einmal zu rund zwei Dritteln aus Gebirgslandschaften mit Schlüsselräumen und Transitachsen, die es zu verteidigen gilt. Man glaubt, dass sich künftige Kampfhandlungen im Alpenraum primär auf die Achsen konzentrieren werden. Dennoch werden sich im Nebengelände stets auch kleinere Detachemente (Aufkl, Beob, Si Elemente, SKdt usw.) aufhalten, die es zu versorgen gilt. Im Gegensatz zum Flachland ist im Gebirge aus Gründen der Erschliessung, Topographie und Witterung eine jederzeitige Versorgung durch Fahrzeuge und/oder Helikopter jedoch nicht garantiert. Der teilweise Fortbestand des Train ist deshalb allein schon aus militärischen Gründen legitimiert. Mit Nostalgie und Liebgewordenem hat dies nichts zu tun. Eine Abschaffung dagegen wäre verantwortungslos!

Die jüngsten Entwicklungen auf unserem Planeten zeigen übrigens deutlich auf, dass «Lowtech» noch keineswegs «out» ist. Deshalb umso mehr «Keine A XXI ohne Train»!

Willy Gerber
chem. Kdt von Geb Einheiten
und Mitglied ROV
9436 Balgach

In der nächsten Nummer:

- Neutralität: Wie weiter?
- Airpower-Strategie: Vom nuklearen zum konventionellen Einsatz
- Waffentechnik im arabischen Mittelalter

Die Geister, die ich rief ...

Bis 1978 gab es in Afghanistan einen toleranten Islam. Das Land war geeint. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten und dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan 1979 war Krieg bis 1989. Er brachte Tod und Zerstörung, Millionen Flüchtlinge in Lagern in Pakistan und Afghanistan. Mit Geld und Waffen der CIA beliefert, erstarkten in Afghanistan die Islamisten im Kampf gegen die «gottlosen Sowjets». Aus den Flüchtlingslagern wurden Kämpfer rekrutiert und vom pakistanischen Geheimdienst ISI trainiert. Die Sowjettruppen wurden 1989 vertrieben. Danach herrschten in Afghanistan blutige Kämpfe zwischen den einzelnen Mudschaheddin. In den Koranschulen der Flüchtlingslager fanden sich die Taliban zusammen. Sie wurden finanziell und mit Waffen vor allem von den USA sowie von Saudiarabien und den Vereinigten Emiraten unterstützt. In Afghanistan entstanden viele fundamentalistische Bewegungen. Durch die Taliban sollten die von Ost nach West verlaufenden Transportwege für Rohstoffe in Afghanistan freigelegt und die Kämpfe zwischen den Mudschaheddin beendet werden. Dies gelang. Die Taliban bauten ihren Religionsstaat mit hartem Regime auf. Dabei lieferte der Drogenhandel Geld. Afghanistan ist heute ein mausarmes Land. Die gerufenen Geister will Präsident Bush heute wieder loswerden.

Nach den Anschlägen vom 11. September in Washington und New York sagte er dem Terrorismus den Kampf an. Amerika führt nun einen Krieg gegen Afghanistan, um die Taliban, die dem mutmasslichen Urheber der Anschläge, Bin Laden, Unterschlupf bieten, zu bekämpfen. Und wieder herrscht Tod und Verderben in Afghanistan. Auch Europäer wollen im Krieg mitmischen. Das macht neuen Terror in den USA und auch in Europa wahrscheinlich; zudem könnte auch der Krieg gegen Afghanistan gefährlich eskalieren. Von der Schweiz sollte eine klare Protestnote mit der Forderung, sofort die Kriegshandlungen einzustellen, an die amerikanische Regierung ergehen. Ihre Aufgabe

An unsere werte Leserschaft

Ab sofort können Leserbriefe auch per E-Mail an die ASMZ eingereicht werden. Bitte benutzen Sie dafür ausschliesslich folgende E-Mail-Adresse: leserbriefe.asmz@huber.ch Ihre ASMZ

ist zudem, der Not leidenden Bevölkerung Afghanistans humanitär zu helfen.

Für den gegenwärtigen Terrorismus gibt es Gründe: Das Palästina-Problem, die Kaschmirfrage, die Präsenz der USA in Saudi-Arabien, die Sanktionen gegen den Irak und das dadurch hungernde Volk. Nun will Präsident Bush Bin Laden durch den CIA suchen und ausschalten lassen. Damit spielt er mit dem Feuer. Die USA müssen in die von der islamischen Welt geforderten Verhandlungen eintreten, statt Symptome zu bekämpfen.

Regula Escher
8049 Zürich

(gekürzt von der Redaktion)

Welche regionale Verankerung für unsere Armee?

(Eine Entgegnung auf den Leserbrief von Oberstlt i GSt Thomas Schneider «Armeereform: Fragwürdigkeit der gegenwärtigen Diskussion! [ASMZ 11/2001]» G.)

Vier Landessprachen, verteilt auf 26 Kantone bilden unser Land und unsere Armee. Die regelmäßigen Volksabstimmungen über Landesverteidigungsfragen können nur gewonnen werden, wenn unsere Armee in allen Landesteilen sehr gut im Volk verankert ist.

Regionale Verankerung: eine verfassungsmässige Pflicht

Die heutige Bundesverfassung spricht von kantonalen Truppen. Alle, inklusive der Kantone, sehen ein, dass mit der massiven Verkleinerung unserer Armee die heutigen kantonalen Infanteriekontingente durch ein neues System ersetzt werden müssen: Die regionale Verankerung.

Regionale Verankerung der Bataillone in den Brigaden

Die vom Bundesrat verabschiedete Fassung des Leitbildes sieht vor, dass die Zusammensetzung der Bataillone nach regionalen Kriterien erfolgt. Unseres Erachtens genügt das nicht. Zwingend ist es, dass – mindestens – die Panzer- und (Gebirgs-)Infanteriebataillone regional einem aus der gleichen Region stammenden Brigadekommando unterstellt werden. Jede Sprachregion besitzt nämlich ihre Eigenschaften, die sich auch am Führungsstil und bei der Kaderrekrutierung erkennen lassen. Aus Beobachtungen in den heutigen Rekrutenschulen ist klar ersichtlich, dass es zum Beispiel

einem Deutschschweizer Instruktor in der Regel nicht gelingt, genügend Kader aus der Westschweiz zu finden, während ein Instruktor aus der Romandie, der seine Landsleute anders angeht, die nötigen Kader oftmals findet. Darum ist es unerlässlich, dass, wo immer möglich, die Bataillone unter gleichsprachigen Kommandos eingegliedert werden.

Regionale Verankerung auch im Gebirge

Warum sollen die Militärs aus den dreizehn Gebirgskantonen anders behandelt werden als die anderen? Die regionale Verankerung der Panzer- und Infanteriebataillone scheint im Flachland realisiert zu sein: zwei Panzerbrigaden und vier Infanteriebrigaden erlauben genügend Spielraum. Bei den Gebirgsinfanteriebataillonen trifft dies leider nicht zu. Eine Gebirgsbrigade, mit Friedenskommando in Chur, soll alle Gebirgsfusiliere des deutschsprachigen Teils des Kantons Graubünden, der Innerschweiz über das Oberwallis bis zum Berner Oberland unter dem gleichen Dach zusammenbringen. Eine zweite – und vorläufig letzte – Gebirgsbrigade soll alle Gebirgsfusiliere des italienischen Teils des Kantons Graubünden, des Tessins und der Kantone Wallis, Freiburg und Waadt unter der gleichen – vorläufig Deutschschweizer (!) Projektleitung –, Führung in Bellinzona stehen. Geplant sind also zwei Brigaden ohne regionale Verankerung, beide mit einem Auszugsgebiet quer durch die Alpen. Diese Lösung ist aus kulturellen, aber auch aus praktischen Gründen klar abzulehnen.

Regionale Verankerung im Gebirge durch eine dritte Gebirgsbrigade

Es gibt nur zwei Varianten, um die Frage der regionalen Verankerung zu lösen:

– *Keine Spezialisierung der Infanteriebrigaden:* Alle zählen sowohl mechanisierte Infanterie- als auch mechanisierte Gebirgsinfanteriebataillone.

– *Eine dritte Gebirgsbrigade:* Diese Lösung ist klar vorzuziehen, weil sie nicht nur die Frage der regionalen Verankerung (drei Brigaden für drei Kulturen) löst, sondern auch diejenigen, die aus taktischen und militärgeographischen Gründen dafür sprechen, eine dritte Gebirgsbrigade zu bilden: drei wichtige Alpentransversalen, die alle drei im heutigen europäischen Kontext aufrechterhalten werden

Gönnerverein «Freunde der ASMZ»

Per 1. November 2001 ist der Gönnerverein «Freunde der ASMZ» gegründet worden. Er umfasst Einzelpersonen, welche der ASMZ mit einem Jahresbeitrag zu vermehrter Attraktivität verhelfen. Die Beträge werden hauptsächlich dazu verwendet, der ASMZ zu mehr redaktionellem Raum zu verhelfen. Bis zum 20. November 2001 haben folgende Persönlichkeiten gezeichnet:

Brunner Dominique, Küsnacht
Fenner Beat, Dr., Zumikon
Forster Peter, Lilienberg-Forum, Ermatingen
H.H., Schlieren
Jeker Robert, Bottmingen
Oehler Edgar, Balgach
Rappold Jörg N., Dr., Küsnacht

Es ist vorgesehen, den Mitgliederstand auf 50 Personen zu beschränken. Ein- bis zweimal jährlich werden die «Freunde der ASMZ» zu einer Diskussion über sicherheitspolitische Themen in den «Lilienberg» eingeladen.

Die Mitgliederliste wird in der ASMZ 1/2002 aktualisiert. G.

müssen (siehe das Chaos nach dem Gotthardunfall). Zudem kann eine Gebirgstruppe auch im Flachland mit Erfolg eingesetzt werden. Wir verweisen auf den Artikel von **Oberst i GSt Peter Fischer in der ASMZ 9/2001**, der das taktische Bedürfnis nach einer dritten Gebirgsbrigade klar nachweist.

Jacques Bühler
Dr. iur., Vizepräsident SOG
Oberst i GSt, SC Geb Div 10

Armeeleitbild / innere Sicherheit

Der Terrorangriff auf die USA zeigt, wie verletzlich die moderne Gesellschaft ist. Die Bedrohung zwingt die USA zu personalintensiven Sicherheitsmassnahmen zum Schutz der Infrastruktur. Im Lichte dieser Ereignisse muss auch die unter Bundesrat Villiger und Ogi eingeleitete sicherheitspolitische Kursänderung dringend korrigiert werden. Die Reduktion der Bestände, die Dezimierung der Rettungstruppen und des Zivilschutzes, die Abschaffung unserer Territorialinfanterie, die Zentralisierung der Zeughäuser, die Liquidation oder Zweckentfremdung von Infrastrukturanlagen, die zum Schutz gegen AC-Angriffe aufgebaut worden sind, die Aufgabe unserer Festungen usw. fördern die Anfälligkeit unseres Landes, unserer Gesellschaft und Wirtschaft in unverantwortlicher Weise.

Dabei ist das «Udenkbare» schon in den Siebzigerjahren gedacht worden. Divisionär Däniker liess ähnliche Szenarien bearbeiten und wertete sie aus. Seit dem Fall der Mauer ist das «Udenkbare» fahrlässigerweise als unwahrscheinlich eingestuft worden. Die

Planung der zukünftigen Armee XXI und des Zivilschutzes beruht auf dem naiven Motto «wir sind umzingelt von lauter Freunden». Mit den massiven Bestandesreduktionen will das VBS angeblichen «Forderungen der Wirtschaft» entgegenkommen. Es nimmt dabei in Kauf, dass genau diese Wirtschaft weniger vor Terror geschützt werden kann, obschon dieselbe in starkem Masse von einem sicheren Staat abhängig ist.

Ein Land muss auf die modernen Formen des Terrors mit der Mobilisierung grosser Mannschaftsbestände reagieren können. Der Schutz von Verkehrswegen, Kommunikationseinrichtungen, Anlagen der Trinkwasser- und Energieversorgung usw. im 24-Stunden-Betrieb von unbestimmter Dauer sowie die Einsätze nach einem Schadenereignis sind personalintensiv. Aus dieser Sicht ist der geplante Bestandesabbau der Armee XXI unverantwortlich. Denn das Milizsystem erlaubt, Kräfte nach Bedarf für ausserordentliche Lagen aufzubieten, ohne dabei die Kosten stehender Verbände in Kauf nehmen zu müssen. Entscheidend ist, dass unser ganzes Volk in die Aufgabe des Schutzes unseres Staates eingebunden ist. Die Einsicht hierfür dürfte nach den Ereignissen in den USA vorhanden sein. Letztlich geht es darum, vorbereitet zu sein, hoffend, dass unsere Mittel nie eingesetzt werden müssen.

J. Streiff
8607 Seegraben ■